

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

23.7.1925 (No. 168)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3518

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark... Einzelnummer 10 Goldpfennig... Druck- und Verlagsanstalt: Karlsruher Zeitung

Die aussenpolitische Debatte

Wenn man sich heute die Tatsache vor Augen hält, daß alle irgendwie bedeutenden Instanzen des politischen Lebens der deutschen Sicherheitsnote zugestimmt haben... Die aussenpolitische Debatte im Reichstag die Einmütigkeit der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes in außenpolitischer Hinsicht klar offenbarte...

sozialdemokratischen Sprechers, des Abgeordneten Breitfeld, wohl zufrieden sein. Daß die beiden Misstrauensanträge der Deutschsozialisten und der Kommunisten in der heutigen Sitzung glatt abgelehnt werden, unterliegt keinem Zweifel.

Das Reichskabinett wird die einheitliche Zustimmung der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes bei seinen Verhandlungen mit Frankreich wohl gebrauchen können. Denn inzwischen ist in Paris der Wind schon wieder ein wenig umgeschlagen. Briand zeigt sich neuerdings erheblich reservierter.

Deutscher Reichstag

Auf der Tagesordnung steht die aussenpolitische Aussprache. Sie wird eingeleitet durch eine Rede des Außenministers. Reichsaußenminister Dr. Stresemann verweist auf seine Erklärungen vom 18. Mai, daß eine Lösung der Sicherheitsfrage ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde.

Aubrstände ist angekündigt worden und wir haben keinen Anlaß, die Verwirklichung dieser Zusage zu bezweifeln. (Zurufe bei den Völkischen und Kommunisten.)

Die Frage des Sicherheitspactes ist nicht etwa von der deutschen Regierung plötzlich in die Debatte geworfen worden, sondern schon seit Jahren ist sie Gegenstand von Verhandlungen zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten. Wir sind in dieser Frage außerordentlich stark interessiert.

Dr. Stresemann erinnerte dann an eine Rede Chamberlains, der von einem Wendepunkt von historischer Bedeutung hinsichtlich der Sicherheitsfrage sprach. Man habe manchmal die Empfindung, als ob einzelne Persönlichkeiten glaubten, daß es sich hier um einen bitartigen Einfall handele...

„Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden“

Unter diesem Titel erscheint soeben im Verlag G. Braun-Karlsruhe ein etwa 200 Seiten umfassendes Buch aus der Feder Abam Remmels, des badischen Ministers des Innern. Eine eingehende Besprechung der politisch und historisch gleich bedeutsamen Arbeit behalten wir uns vor.

ischen Vorgänge in Berlin war nichts bekannt geworden. Nichts wußten wir von den Vorgängen bei der Marine in Kiel und Wilhelmshaven. In der Nacht und am folgenden Sonntag früh kamen mit der Bahn Karlsruher Soldaten an; sie zeigten Urlaubsscheine mit dem Stempelabdruck: „Soldatenrat Wilhelmshaven“.

los und schwach klang, was der Major vorlas, und was er aus Eigenem dazu sagte. Was jene Unruhen, von denen in dem Telegramm die Rede war, bedeuteten, ahnten sie offenbar nicht. Mein Entschluß war fertig! Es kam das Kommando: „Wegtreten!“ Ich sprang auf einen hinter mir stehenden Kasten: „Das Bataillon hört auf den Landsturmann Remmels!“

Was ist los? Auf den Mannschaftsstuben begann das Rätselraten. Außer den Zeitungsmeldungen über die politi-

In diesen Minuten ringe ich mit einem schweren Entschluß. Es hört sich nämlich der Vortrag so an, als wollten die hohen Militärs auch jetzt noch nach der Methode des Vogel Strauß vor dem Belagerten den Kopf in den Sand stecken. Hif-

Während ich noch sprach, von dem furchtbaren Schicksal Deutschlands und dem Zusammenbruch der wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes, verließen einige Offiziere weinend den Platz.

Sanktionen und dem gegenseitigen Mißtrauen kann dieser Wiederaufbau nicht durchgeführt werden. Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils begonnen.

Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß diese Bestrebungen zu günstigem Erfolge führen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungspartei.)

Hg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnet es zunächst als eine Mißachtung der Rechte des Parlaments, daß dem Reichstag erst jetzt Gelegenheit gegeben werde, nachträglich zu den wichtigsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Stellung zu nehmen. Das sei um so bedenklicher, weil die deutsch-nationale Regierungspartei behauptet habe, daß sie durch das Februar-Memorandum der Regierung nicht gebunden sei und weil auch der deutsch-nationale Innenminister Schiele sich ähnlich geäußert habe. Um diesen eigenartigen Konflikt aufzuklären, sei die sozialdemokratische Interpellation eingebracht worden, nicht etwa um die Regierung zu stürzen (Lachen und zweifelnde Rufe rechts). Ich kann Ihnen (nach rechts) vertraulich (Heiterkeit) folgendes mitteilen: Bei aller Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung haben wir doch ein Verständnis für die Zweckmäßigkeit, die Deutschnationalen noch nicht aus der Verantwortung herauszulassen (Heiterkeit). Ihre Beteiligung an der Regierung wird immer mehr zu einer heilsamen Lehre für die deutschen Wähler (Lebhafte Zustimmung links). Der Konflikt innerhalb der Regierung scheint jetzt beseitigt durch das Regiment des Reichskanzlers Luther. Da der Reichskanzler mit politischen Grundfragen nicht allzusehr belastet ist, ist er der geborene Mann der Kompromisse (Heiterkeit). Obwohl wir im vorliegenden Falle nicht opponieren, können wir uns nicht zu einer Billigung der Regierungspolitik entschließen. Wir wüßten ja nicht, wem wir dabei unser Vertrauen aussprechen, Stressemann oder Schiele, Luther oder Geßler, oder Graf Ranitz dem Vater des Zolltarifs.

Wir treiben nicht Opposition aus Grund und wir lehnen die gegenwärtige Außenpolitik nicht ab. Diese Politik des Sicherheitspactes ist

die Fortsetzung der Verständigungs- und Erfüllungspolitik die unter Bismarck und Rathenau so heftig von den Deutschnationalen bekämpft und geschmäht wurde. Der Sicherheitspact geht sogar noch hinaus über die Erfüllungspolitik der Bismarck und Rathenau. Er ist schließlich eine freiwillige Anerkennung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages, der ausdrückliche Verzicht auf die gewaltsame Zerstückelung dieses Vertrages und auf jeden Gedanken an einen Neuanfang (Lebhafte Zustimmung links und bei den Völkern).

Die Sozialdemokraten halten das Februar-Memorandum der Regierung für gut, sie haben sogar das Bedenken, daß es in einigen Punkten nicht alle unsere nationalen Forderungen erfüllt. Wenn wir in der neuen Note den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, das Februar-Memorandum haben die Deutschnationalen abgewiesen, weil es nicht von der Regierung, sondern nur von dem verächtlichen Außenminister verfaßt war. Auch wir begrüßen die Räumung der Ruhr und begrüßen unsere deutschen Landsleute in den besetzten Gebieten, insbesondere die deutschen Arbeiter, die während der ganzen Zeit die treuesten Hüter der deutschen Republik gewesen sind. (Beifall links).

Wenn wir nun Frankreich Sicherheit gewähren, so ist ein Grund für die Verlängerung der Besetzungsrufen nicht mehr vorhanden. Der französische Note wird etwas ganz Neues konstruiert. Es taucht da die Schaffung eines Garantien für Schiedsverträge auf. Frankreich will den Schiedsvertrag, den Italien mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen hat, garantieren. Wir werden ebenso wie die Rechtsparteien gegen eine derartige einseitige Garantie Widerspruch erheben. Es ist ein gutes Zeichen, daß die deutsche Regierung sich in letzter Zeit des öfteren auf den Völkerbund berufen hat. Die Regierung erkennt an, daß der Sicherheitspact und der Völkerbund zusammengehören. Deutschland sollte nun auch seine Vorbehalte aufgeben und in den Völkerbund eintreten. — Es scheinen sich haben von dem Sicherheitspact nach Ostelbien hinzugeschieben. Vielleicht hängt die Zustimmung einer Rechtsparlei zu der Antwortnote mit den Getreidezöllen zusammen. Wie dem auch sei, wir erhoffen positiven Erfolg aus den kommenden internationalen Verhandlungen (Lebhafte Beifall links, Rufen rechts).

Hg. Graf Westarp (D.): Der Zweck der außenpolitischen Debatte ist nur, Stellung zu nehmen zu der deutschen Note. Das außenpolitische Interesse gebietet, eine breite und feste parlamentarische Rückenbedeckung für das Kabinett zu schaffen. Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situation entstanden als das Februar-Memorandum. (Gelächter links). Ein Streit um die Vergangenheit scheint daher fei-

nen Zweck zu haben und wir haben keine Veranlassung, diesen Streit hier fortzuführen. (Oborne und Gelächter links, sehr richtig rechts). Der Anwurf, daß wir unsere außenpolitischen Grundzüge um der Getreidezölle willen verlaßt hätten (Sehr richtig links) ist zu niedrig, um uns damit auseinanderzusetzen. (Beifall rechts). Dr. Breitscheid hat sich in mehrere Widersprüche verwickelt. Er hat dies und jenes an dem Memorandum ausgelesen, richtet aber immer wieder an uns die Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit dem Memorandum? Die Antwort ist sehr einfach: Lesen Sie die letzte Note der Regierung, und hören Sie unsere Ausführungen dazu an. Wir sind in diesen Dingen keineswegs negativ eingestellt gewesen und billigen die Grundgedanken der Politik, wie sie in der Note enthalten sind. Ob der in dieser Note erstrebte Weg der Verhandlungen beschritten werden kann, ist abhängig von dem Inhalt der Antworten, die wir nun zunächst erhalten werden. Die Note ist nur eine Fortsetzung der Vorerörterungen, und das erleichtert uns unsere Zustimmung. Die Note ist eine sehr wichtige Ergänzung dahin, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen teilnehmen kann, wenn das Ruhrgebiet und die Sanktionsstädte vollkommen geräumt sind, was wir im Interesse unserer rheinischen Brüder begrüßen. Es kann sich nur um die Befreiung uns zugefügten beispiellosen Unrechts nicht als Gegenstand sondern als Voraussetzung der Verhandlungen bilden. Daselbe gilt für die anderen Aeren Rechtsansprüche Deutschlands, die noch unerfüllt sind, für die Befreiung allen Unrechts im Saargebiet für die Rücknahme der unredlichen Forderungen der Entwaffnungsnote und Luftfahrtsnote und für die Räumung der Kölner Zone. Wir billigen und begrüßen es, daß in der deutschen Note im Gegensatz zu der Note der Alliierten die Notwendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlicher Übereinkommen zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Mit vollem Rechte wird auch in der deutschen Note betont, daß das wehrlose und vollständig entwaffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerbunde angesehen werden kann, so lange die allgemeine Abrüstung der Welt nicht verwirklicht wird. Wir billigen es auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom Dezember ausdrücklich Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Verwahrung dagegen, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund ummäßig die moralischen Belastungen des Versailler Vertrages erneut anerkennen könne. Für uns ist jetzt jede freiwillige Wiederherstellung des in Versailles erzwungenen unwarigen Schuldbekenntnisses unmöglich. Wir müssen nach wie vor darauf bestehen, daß keine Gelegenheit vorüber gelassen wird, dieses Schuldbekenntnis entlich und auch wirklich zu widerrufen (Lebhafte Beif. rechts). Wenn meine Freunde u. ich der Note heute zustimmen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß das Kabinett als Ganzes, wie bei dieser Note, so auch hinfert in geschlossener Einheit und geschlossener Festigkeit die Wünsche und Lebensnotwendigkeit Deutschlands wahren und um das Recht der deutschen Nation auf Dasein und Freiheit ringen wird. (Lebhafte Beifall rechts).

Hg. Dr. Raas (Z.): Wir haben schon beim Eintritt der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß wir uns für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik mehr als für irgend eine andere Komponente des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen, und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umleitung dieser Linie einsetzen werden (Hört, Hört!). Die heutige Note enthält nach Form und Inhalt die verständigungsorientierte Haltung der deutschen Außenpolitik aufrecht. Jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. (Rufe: Namentlich jede Regierungspartei!) Wir bedauern nur das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Mitverantwortung für die Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils, eine europäische Tat. (Beifall.) Wir erkennen damit die westlichen Grenzen des Versailler Vertrages an. Damit ist aber noch nicht alles erledigt anerkannt, was unter dem trügerischen Schein einer Abstimmung mit Copen und Malmedy geschehen ist. Damit verzichten wir auch nicht darauf, dem kulturellen Eigenleben der deutschstämmigen Bewohner des Elbaues unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Deutschland tut mit dem Sicherheitspact einen schmerzlichen Schritt der Selbstüberwindung, wie er in der Geschichte einzig dasteht. Hätte man Frankreich sieben Jahre nach 1871 eine solche Anerkennung der neuen Grenze zugemutet, ein Schrei der Entrüstung wäre die Antwort des französischen Volkes gewesen. (Sehr wahr!) Deutschland geht diesen schmerzlichen Schritt im Vertrauen auf den Sieg des Rechts, der zivilisationsstättigen Billigkeit. Wir vertrauen in der

Note das Verlangen nach einer Räumung Kölns, ebenso eine Verwahrung gegen die Entwaffnungs- und Luftfahrtsnote. Der Sicherheitspact ist unmöglich ohne den psychologischen Unterbau eines anderen französischen Verhältnisses an Rhein. (Sehr richtig!). Nach dem Abschluß eines Sicherheitspactes ist das Besatzungsrecht, noch mehr das Besatzungsregime, ein politischer Anachronismus schlimmerer Art, ein störendes Rudiment, einer Gewaltpolitik, deren Ueberwindung das vornehmste Ziel des Sicherheitspactes bilden soll. (Beifall.) Notwendig ist die Gerabückung der Besatzung, die grundsätzliche Entfernung der farbigen Truppen. (Beifall.)

Wir halten die Völkerbundsfrage für außerordentlich wichtig und sehen dem Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Körperschaft eintritt, die bis jetzt nur eine Organisation der Siegerstaaten war. Die Entwaffnungsnote und die Luftfahrtsnote sind Variablen auf dem Wege nach Genf. Erst wenn eine betrieblende Vereinigung dieses Problems in Aussicht steht, wird Deutschland dem Völkerbunde beitreten können. Dann kann Deutschland im Völkerbunde die hegemoniale Stellung einnehmen, die höher steht als die Hegemonie des Schwertes. (Beifall im Zentrum.) Die Stabilisierung des Friedens in Europa ist die Voraussetzung für die Finanzhilfe der anderen Welt.

Inzwischen ist eine Berichtigung zu dem völkischen Mißtrauensantrag eingegangen, die den Satz hinzufügt, daß der Reichstag über alle anderen, die Haltung der Reichsregierung betreffenden Anträge zur Tagesordnung übergeht.

Hg. Dr. Curtius (D.D.R.): Der Ruhrerefall ist gescheitert, weil er die Kräfte Frankreichs überpannte und an der Treue und Festigkeit der Weisalen. Die ganzen Raten Frankreichs und Poincarés und später sind eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands. Wir fordern eine Abkehr von den Methoden der Rheinlandkommission. Sicherheitspolitik ist für uns in erster Linie deutsche Politik. Sicherheitspact bedeutet die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Der Sicherheitspact hat nur dann wirkliche Bedeutung, wenn die Wirtschaftsverhältnisse durch ihn profitieren. Wir gehen zugrunde, wenn wir nicht eine Relevanz der europäischen Kultur erleben. Wann wir nicht die Kriegsgefahr, so gibt es keinen Aufbau der Kultur.

Der Redner betont dann die Kontinuität der deutschen Außenpolitik und zitiert hier eine Reparationsnote der Regierung Cuno vom 2. Mai 1923, die bereits das Angebot eines gegenseitigen Sicherheitspactes enthalten habe. Das deutsche Memorandum sei eine logische Folge der deutschen Außenpolitik gewesen. Die Gefahr einer Stabilisierung der französischen Hegemonie sei in unmittelbarer Nähe gerückt. Diesen Gesichtspunkt habe auch der Führer der englischen Opposition, Macdonald, dargelegt und wenn Poincaré in England sagen, daß der Sicherheitspact nur an dem schlechten Willen Deutschlands scheitern könne, so müsse man fragen, ob es wirklich vorteilhaft für England sei, die Hegemoniegestalt Frankreichs zu unterstützen. (Sehr richtig rechts). Wenn von französischer Seite das Prinzip der Unabänderlichkeit des Versailler Vertrages vertreten werde, so müsse man betonen: Unabänderlich ist das Naturrecht der Völker, das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf gegenseitige Gleichberechtigung. Ein Vertrag ist es nicht. Bezüglich des Eintritts in den Völkerbund steht die deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland nur als völlig gleichberechtigter Staat seinen Einzug in den Völkerbund halten kann. Eine notwendige Folge des Eintritts wäre nicht nur die Räumung der ersten Rheinlandzone, sondern die Aufhebung jeglicher Besetzung überhaupt. Ich möchte nicht verschweigen, daß in den letzten Monaten manches geschehen ist, was der verfassungsmäßigen Form des parlamentarischen Regiments wenig entspricht. Diese Schwierigkeiten sind jetzt aber überwunden.

Das Kabinett steht geschlossen hinter der Note. Damit ist die sozialdemokratische Interpellation gegenstandslos geworden. Da sollten sich die Sozialdemokraten entschließen, ähnlich wie die deutsche Volkspartei unter dem Kabinett Bismarck nach grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Regierung im Interesse der Außenpolitik durch ihre Zustimmung die Stellung der Regierung bei den kommenden Verhandlungen zu verbreitern. (Lebhafte Beifall bei der deutschen Volkspartei.)

Hg. Stoeder (A.) bezeichnet die deutsche Antwortnote als eines der traurigsten Dokumente der deutschen Geschichte. Dieses Dokument sei noch schlimmer, als der Deutschland aufgezwungene Versailler Vertrag. Denn hier erkenne eine deutsche Regierung mit deutschnationalen Ministern freiwillig das Unrecht an, das Deutschland von seinen Feinden in Versailles zugefügt worden ist.

Vizepräsident Bell gibt dem Hause Kenntnis von einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Stressemann.

Dann vertagt sich das Haus um 8 Uhr abends auf Donnerstag halb 9 Uhr. Fortsetzung der außerpolitischen Debatte.

Ich stehe wieder in Reih' und Glied. Der Major geht mit ausgestreckten Händen auf mich zu, um mir für die Ansprache zu danken. Er moniert nicht, daß ich ohne alle soldatische Regel gehandelt hatte. Tränen stehen ihm in den Augen; wie gewöhnlich verläßt er den Platz.

Am Nachmittag übertrug der Major sein Kommando an meinen Hauptmann. Während ich auf des neuen Kommandeurs Befehl in seiner Wohnung zu einer Unterredung weile, stehen in der Stadt bereits Soldaten unter Vorantragen einer roten Fahne in geschlossenem Zuge umher. Von Donaueschingen waren Sendboten gekommen, die zur Bildung eines Soldatenrates aufforderten.

Was tun? Ich ging in eine Soldaten- und Arbeiterversammlung, die ganz spontan zusammen gekommen war. Ein wildes Durcheinander finde ich vor. Wie am Morgen im Kasernenhof, so verhalte ich mich auch hier. Ob und wie ein Soldatenrat zustande kommen soll, das müsse in der Kaserne ausgemacht werden. Im Prinzip möge man diese Frage jetzt abtun, die praktische Ausführung aber verschieben.

Leicht war es nicht, dieses Ziel zu erreichen, aber schließlich geschieht es so, wie ich empfohlen.

Andern Tags früh gehe ich auf das Bataillonsbüro. Auf dem Wege dahin begegne mir Offiziere ohne Degen und Achselstücke. . . Die meinsten, es sind allerdings Achselklappen, sitzen noch an der Montur.

Der Adjutant des Majors stellt mir in seinem Büro die Frage, wann ich die Geschäfte und die Bataillonskasse übernehme. „Sie bleiben doch wohl auf Ihrem Posten!“ ist meine Antwort, „ich werde weder die Kasse noch das Bataillon übernehmen!“

Nun ging es zurück in die Kaserne. Viele Kameraden, die jüngeren vor allem, wollen auf und davon, nach Hause. Angeordnet wird: „Zuerst werden die älteren Kameraden beurlaubt!“

Von Mannheim, der Stadt meiner vieljährigen Wirkamkeit, erhalte ich keine erfreulichen Mitteilungen. Parteifreunde telegraphieren, ich solle zurückkommen, es sei daselbst mehr zu tun als in einer Kaserne. Einige Tage sträube ich mich; die Erhaltung der Ordnung im Bataillon liegt mir am Herzen. Schließlich aber ziehe ich ab, „bis auf weiteres beurlaubt!“

Im Zurückmal des Mannheimer Rathauses wird mir die Lage Deutschlands so recht vor Augen geführt. Hier stehen Deputationen aus dem Gefangenenlager vor dem Arbeiter- rat. Russen, Franzosen und Engländer treten sehr selbstbewußt auf; man sieht, sie sind sich ihrer Position als Sieger durchaus bewußt. Sie bestimmen, wie es von nun an im Gefangenenlager gehalten wird, mit der Teilenteilung für den „freien Ausgang“ und anderem mehr, bis der Abtransport möglich ist.

Im städtischen Lebensmittelamt wartete die Arbeit auf mich. Wie in einem Bienenhaus geht es hier zu. Nicht wollen die Hilfsuchenden begreifen, daß die Nahrungsmittelbede nun, wo der Verkehr stockt, noch dünner geworden ist, und daß deshalb noch mehr als bisher mit den Nationen hausgehalten werden muß. Aus den Lagern der Armee im Hafengebiet solle man holen, was die Bevölkerung braucht. Wie die Truppen bis zu ihrer Auflösung ernährt werden sollen, das kümmert die Leute nicht.

Einelei zurückwandernde Soldaten in voller Kriegsausrüstung erscheinen auf der Bildfläche. Sie wollen Kapselung, Abwehrschein und Kleidung. Bis sie zur „zuständigen Stelle“ gebracht sind, entringt sich meinen Lippen manch ein hartes Wort. Meine Nerven fangen an, mit mir „durchzugehen“.

Doch bald sollte es noch ganz anders kommen. Meine Übersiedelung nach Karlsruhe wird „befohlen“. Für kurze Zeit, so dachte ich, wird es gehen. Was ich als „Kurpfälzer“ bis-

her von Karlsruhe gehört hatte, wirkte ja nicht gerade verlockend. Eine steife Residenz sei Karlsruhe, so hieß es immer. Nun, was ich hier vorand, trug zur Veruhigung meiner aufgeweckten Nerven gewiß nicht bei. Tag u. Nacht u. Nacht und Tag schien hier daselbe zu sein. Log ich nicht im Kraftwagen, auf der Reise irgendwohin, wo es „zu löschen“ gab, dann stak ich oft bis in die Morgenstunden in Sitzungen oder am Arbeitstisch. Meinen Freunden in der Landeszentrale der Arbeiterräte ging es nicht besser — voran immer Sekretär, meinem Kameraden Stenz. Unser Logisbett brauchte manchmal nicht in Ordnung gebracht zu werden. . .

Für wen gehen wir uns so ab? fragen wir uns oft. Wir sind doch unschuldig an dem fürchterlichen Bankrott des Staates; es mögen doch diejenigen den Trümmerhaufen aufbauen, die bisher die Verantwortlichen waren, oder für die und auf deren Befehl wir Dienst geleistet hatten. Das waren natürlich „Luzbeinige Spinnen“; denn mitverantwortlich waren wir doch immerhin für den Teil des Volkes, der nun von unten auf zur, wenn auch vorerst „wilden Herrschaft“ kam. Mit diesem Volksteil waren wir verwohnt, ihn vor Dummheiten zu bewahren war unsere Pflicht. Und hinzu kam die selbstverständliche Pflicht, dem Vaterland in seiner Not zu helfen, ohne im Augenblick zu fragen: Wer ist schuld? Der neue, der noch zu schaffende, neue Staat sollte ein republikanisch-demokratisches Gebilde sein. Nicht die Diktatur durfte kommen, auch nicht wieder die Monarchie, die ausgeschaltet wurde, nachdem ihre Bannerträger das Weiße gesucht. Eine heilige Verpflichtung trieb uns also vorwärts, ließ uns die Strapazen eines harten Winters tragen.

Nie ist mir der Gedanke gekommen, daß die Arbeiterschaft auf dem Boden der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung Kraft ihrer zahlenmäßigen Stärke allein die Herrschaft im Staate ausüben könne. Die geschichtliche Mission des Bürgerturns ist noch nicht zu Ende. Es ausschalten zu wollen

Erste Gegenläge Frankreichs zum Sicherheitspaktvorschlag

Nach Prüfung der Sicherheitspaktnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden beauftragt, die polnische bzw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß, wenn auch die Antwort des deutschen Reiches die Möglichkeit von Verhandlungen mit Deutschland gestatte, sich dennoch ernste Gegenläge zu der französischen Auffassung ergeben, einmal hinsichtlich der Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundespaktes, der das Vorgehen der angeschlossenen Staaten im Falle eines Konfliktes regelt, und andererseits hinsichtlich der deutschen Vorbehalte bezüglich des schiedsgerichtlichen Verfahrens.

Die Wiener Blätter nehmen zu der deutschen Note in ausführlicher Weise Stellung. Sie begründen es, daß die deutsche Regierung eine so maßvolle Besonnenheit bewiesen und ihre berechtigten Forderungen im Sinne eines ehelichen Verständigungswillens zum Ausdruck gebracht habe, was die zukünftigen Verhandlungen wesentlich erleichtern werde.

Daily Telegraph schreibt, ein weiterer Fortschritt in der Frage des Garantiepaktes könnte erzielt werden, wenn ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen den beglaubigten Vertretern der in Betracht kommenden Länder stattfinden würde. Die in der deutschen Note aufgeworfenen kritischen Punkte könnten infolge ihrer Bedeutung nicht nur zu einem Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin, sondern möglicherweise auch zu einem solchen zwischen Paris und London führen. Die deutsche Note spreche von der letzten französischen Note als einer „alliierten“ Note. Das sei nicht richtig. Die britische Regierung habe dieser Note nur mit Vorbehalt zugestimmt, und es sei allzu leicht angenommen worden, daß sich die beiden Regierungen in völliger Übereinstimmung befänden.

Das Blatt bemerkt weiter, die Forderungen der deutschen Note über die Auswirkungen des Sicherheitspaktes auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet, sowie die Befestigungsfrage im allgemeinen bedeute, daß Deutschland erwarte, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich der Befestigung und der Entmilitarisierung der Rheinlande zu seinen Gunsten abgeändert würden, wenn es durch die Unterzeichnung des Paktes einen Beweis seiner Aufrichtigkeit gebe. Es sei nicht sicher, daß dieselbe Ansicht auch in Paris vertreten wäre. Die Forderung, in der diese Frage aufgeworfen werde, sei gemäßigter, aber die zugrunde liegende Festigkeit sei nicht weniger sichtbar. Niemand erhebe Einwände gegen die Verknüpfung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit der Frage des Sicherheitspaktes, aber die Worte im Abschnitt 3 der Note seien von großer Bedeutung mit Rücksicht auf die französischen Forderungen auf ein Durchzugsrecht zwecks Unterzeichnung der Mitteln Frankreichs in gewissen Fällen. Auf diese Punkte lege Frankreich sehr großes Gewicht.

Die schwedische Presse macht zu der deutschen Note in der Sicherheitsfrage durchweg sehr freundliche Bemerkungen.

Kurze Nachrichten

Die Räumung. Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, daß die britische Regierung den übrigen Alliierten ihre Auffassung über den geeigneten Zeitpunkt zur Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zum Ausdruck gebracht habe.

Amerika-Anleihe für das Kalifornien. Die Zeitungsnachrichten über den Abschluß einer 40-Millionen-Dollar-Anleihe des deutschen Kalifornienbank mit amerikanischen Banken sind unzutreffend. Nichtig ist lediglich, daß die Vertreter des deutschen Kalifornienbank bei ihrer Anwesenheit in New York feststellen konnten, daß eine etwaige größere Anleihe der deutschen Kalifornienbank einer guten Aufnahme auf dem amerikanischen Geldmarkt verheißt sein könnte. Die Bedingungen des bestehenden 6-Millionen-Dollar-Kredits wurden zugunsten des Kalifornienbank revidiert.

Spiritushebel Weber in Norwegen verurteilt. Das Gericht auf der Insel Hitteren verurteilte den bekannten Spiritus-smuggler Richard Martin Weber aus Hamburg zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe. Dem Antrag auf Einziehung des Schmugglerschiffes „Paul Weber“ wurde Folge geleistet, doch wurde das Bandrecht der Firma Jard u. Söhne an dem Schiff in Höhe von 25 000 G.W. aufrecht erhalten. Weiter beschloß das Gericht, von Richard Weber 60 000 Kronen für eingeschmuggelte Spiritusflaschen einzuziehen.

vom Dienste am Vaterland war und ist nur möglich unter Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Das hieße, die Brandfackel des Bürgerkrieges ins Land werfen. Ganz abgesehen von dem großen Mangel an geistigen Kräften, die dem Proletariat für die Führung des Staates fehlten, könnte die proletarische Klassenherrschaft mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Welt nicht fertig werden; es sei denn, man riskierte ein totales Verschlagen der kapitalistischen Produktionsform. Gewiß ist die hereinjüngliche Überwindung des kapitalistischen Systems ein Ziel der Menschheit, aber ein Ziel, das mit einem Salto mortale aus dieser Wirtschaftsordnung heraus nicht zu erreichen ist. Man sehe nur, wie jetzt nach jahrelangen Experimenten auch Rußland seine Wirtschaft größtenteils wieder mehr nach kapitalistischen Grundrissen orientiert!

Zudem: Wer stand denn am Anfang der Revolution hinter der ganzen Bewegung? Die Anhänger der Sozialdemokratie etwa allein? Evident geworden sind zuerst die Heimatgarantisten und die Etappe. Unzufriedene gewordene Bauern gehärteten sich damals wohl am rabiatesten, kleine Geschäftsleute und die Mittelschichten des Volkes ebenso radikal wie die Arbeiter. Man schäme sich heute nur einmal die Personalisten der Soldatenräte daraufhin an, welchen Berufsständen ihre Mitglieder angehörten! Die politische Erfahrung mußte einem doch sagen, daß diese Leute alle wieder sehr schnell umlernen würden, wenn sie erst einmal zu Hause sind und merken, daß mit dem Ende des Krieges das Kriegselend noch lange nicht aufhört. „Heute Sozialisten und morgen Kreuziget ihn!“ ist doch ein ewig wahrer Satz; ihn darf niemand außer acht lassen, der seine Arbeit auf lange Sicht einstellt.

Wie viele Weisheitsapostel liegen nicht in der ersten Zeit der Umwälzung umher! Sie loszuwerden, war damals ein Gebot der Stunde, sie losgeworden zu sein ein Glück für die Freiheitsbewegung, für die in Geburtswehen liegende junge Republik. Ich weiß, Freundschaften hat das keine eingetragenen. Aber im Laufe der Jahre erwies sich diese Haltung als durchaus richtig.

(Schluß folgt.)

Badischer Teil

Das Disziplinarverfahren gegen den Freiburger Universitäts-Professor Marschall von Bieberstein

Die in der Presse fortgesetzt umlaufenden, zum Teil irreführenden Meldungen und Glossierungen zum Disziplinarverfahren gegen den Professor Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein an der Universität Freiburg geben Anlaß, nachstehend die abschließende Entscheidung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 30. Mai ds. Js. Nr. A 10 264 zur öffentlichen Kenntnis zu bringen:

„Der Senat der Universität Freiburg hat dem Ministerium am 19. Januar 1925 berichtet:

„Bislang der am 17. Januar bei der Reichsgründungsfeier der Universität gehaltenen Rede des Herrn Professors Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein stellt der Senat fest, daß er für solche Einzelheiten des Vortrags, die Andersdenkende zu verletzten geeignet waren, nicht eintreten kann, auch nicht unter Berufung auf die Freiheit der Lehre. Vielmehr bedauert der Senat ebenso wie der Redner selbst in einem heute an den Senat gerichteten Schreiben die unbefriedigenden Entgleisungen auf das Lebhafteste. Das Bedauern des Senats ist um so größer, als der Vortragende im übrigen das offenkundige Bestreben zeigte, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden.“

Das Ministerium hat darauf den Prof. Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein aufgefordert, das Manuskript seiner Rede vorzulegen. Auf die Weigerung des Genannten, dieser Aufforderung nachzukommen, hat das Ministerium mit Erlaß vom 26. Januar 1925 Nr. A 10 855, um die Frage zu klären, ob die vom Senat als Entgleisungen gekennzeichneten Äußerungen des Professors Marschall gegen die Amtspflichten des Redners verstoßen, das Disziplinarverfahren gegen den Genannten eröffnet.

Die nunmehr abgeschlossene Disziplinaruntersuchung hat das Manuskript der Rede nicht beigebracht. Die Untersuchung hat folgenden Tatbestand ergeben:

Professor Dr. Marschall sprach bei der von der Universität veranstalteten Reichsgründungsfeier als von der Universität beauftragter Redner in einer mehr als einseitigen in jambiische Form gekleideten Rede über Recht und Gesetz. Die Stellen der Rede, die der Senat als Entgleisungen betrachtet und die in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wurden, lauten nach der Angabe des Redners:

a) „Hier nimmt nicht eine gütige Cathedra Petri uns unsere eigene Entscheidung ab, — auch nicht die Wissenschaft; sie kann uns höchstens helfen, doch die Verantwortung bleibt uns allein.“

b) „An dem Gesetzesrecht gemessen waren objektiv die Willensakte der Usurpatoren, (der Herren Ebert, Haase und Genossen) die sich angeblich „Gesetzeskraft“ beilegen (— de facto freilich die Gewöhnung vorbereitend —), doch nichts als Hochverrat! Sie konnten keineswegs der Nationalversammlung die Befugnis geben, die „vorläufige Reichsgewalt“ zu schaffen. Die mußte ihr auf andere Weise werden! Ward sie ihr nicht zuletzt nur durch die Übergangung die uns beherzichte, daß durch sie allein der Weg zur Wiederkehr der Ordnung führen würde?“

Doch auch in ruhigen Zeiten, wo kein Rechtsbruch jäh den Fortgang unterbricht, kann logisch die Verfassung nicht aus dem eigenen Gesetzeswillen abgeleitet werden. Hier bricht der Faden ab. Denn kein Gesetzeswille vermag die Rechtssetzungsbefugnis dessen zu begründen, von welchem der Gesetzeswille selber ausgeht! Ein circulus vitiosus wäre das!“

Zu a) und b) hat Professor von Marschall dem Ministerium mit Schreiben vom 24. Januar 1925 vorgetragen:

„Ich kann nur hier auf das Bestimmteste erklären, daß jegliche Absicht, irgend Jemandem zu verletzten, mir völlig fern gelegen hat! An zwei Stellen, die vielleicht einer Beanstandung ausgesetzt sein konnten, hatte ich dabei, um ganz sicher zu gehen, die Streichung einiger Worte vorgenommen; — aber leider ist mir infolge der schlechten Beleuchtung und meines durch hohes Fieber stark beeinträchtigten Gesundheitszustandes das Mißgeschick zugefallen, diese beiden Stellen in der Erregung des Augenblicks mit vorzutragen. Dies habe ich sofort in einem Schreiben an den Senat aufgeführt und habe insbesondere der Theolog. Fakultät mein aufrichtiges Bedauern ausgesprochen.“

Professor von Marschall behauptet zu a), durch diese Äußerung habe unterstrichen werden sollen, daß in der großen Lebensfrage, ob das formelle Gesetz oder unser sittliches Bewußtsein im letzten Zweifelsfalle für unser Verhalten maßgebend sein muß, keinerlei äußere Autorität, und wäre sie noch so hoch geachtet, uns die eigene autonome Gewissensentscheidung abnehmen könne. Professor von Marschall hat sich wegen dieser Äußerung, die insbesondere in Kreisen der Theolog. Fakultät Anstoß erregte, bei der theolog. Fakultät entschuldigt. Von verschiedenen Seiten wird der Wortlaut der fraglichen Redebeurteilung wie folgt angegeben: „Da gibt es keine gütige Cathedra Petri, die uns das Denken abnimmt.“

Diesen Aussagen stehen andere Zeugenaussagen gegenüber, die die vom Beschuldigten behauptete Fassung mit mehr oder weniger Sicherheit bestätigen. Angesichts der Erfahrung, wie leicht bei langen und ermüdenden Reden dem Hörer Erinnerungslücken unterlaufen, ist die von dem Beschuldigten über die Fassung der fraglichen Stelle aufgestellte Behauptung nicht zu widerlegen.

Zu b) hat der Beschuldigte dem Ministerium mit Schreiben vom 24. Januar 1925 vorgetragen:

„An der zweiten der von mir selbst bedauerten Stellen handelte es sich darum, den Positivisten, die alles Recht aus dem geschriebenen Gesetze ableiten möchten, zu zeigen, daß sie letzten Endes doch beim ungesetzten Recht eine Anleihe machen müssen, um der Reichsverbindlichkeit der Gesetze und der Verfassung eine Stütze zu sichern. Eine weitverbreitete Meinung glaubt, daß die Volksbeauftragten in den Novembertagen 1918 dadurch allein, daß sie die tatsächliche Gewalt der Reichsregierung hinter sich hatten, auch schon die „Staatsgewalt“ des Reiches repräsentierten, ja, daß ihnen jene faktische Gewalt ohne weiteres „den Rechtstitel gewährt“ habe! (so z. B. H. Giese, Taschenkommentar zur Reichsverfassung, 5. Auflage 1923 S. 8). Gegen diese irrtümliche Meinung, die ja täglich geradezu zu erneuter Revolution auffordern und anzuregen muß, galt es Front zu machen und zu betonen, daß die Befugnis der späteren Nationalversammlung nicht aus dem Willen jener gewaltshabenden „Volksbeauftragten“, sondern aus der langsam sich bildenden gesamten Volksüberzeugung rechtlich abgeleitet seien. Daß Revolution immer zunächst Rechtsbruch ist, und daß

auch die Revolutionsbestimmungen vom November 1918 Rechtsbrüche waren, kann doch niemand bezweifeln!

Sachlich ist dies alles einwandfrei und m. E. nicht zu widerlegen. Aber gänzlich unnützig war es, dadurch Anstoß zu erregen, daß die Namen der Volksbeauftragten in diesem Zusammenhang erwähnt wurden. Daß ich an dieser Stelle die (für mein Gefühl ganz selbstverständliche) Streichung übersehen konnte, beweist mir, wie hochgradig mein starkes Fieber meine Zurechenbarkeit beeinträchtigt haben muß. Daß aber der ganze, die heutige Staatsordnung gerade stützende Grundgedanke so verkannt werden konnte, während die bedauerliche formale Entgleisung haften blieb, zeigt doch auch, wie unaufmerksam oder wie voreingenommen manche Hörer gewesen sein mögen.“

Die Tatsache, daß Professor von Marschall im Zeitpunkt der Rede sich nicht wohl gefühlt hat, wird durch Zeugenaussagen bestätigt.

Bei Würdigung des Sachverhaltes ist von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

Der Beschuldigte war berechtigt, im Rahmen sachlicher Ausführungen seine Lehraussagen frei vorzutragen; das Ministerium hat niemals daran gedacht, die Freiheit der Lehre einzuschränken. Der Gehalt der Rede interessiert daher nur insoweit, als seine Kenntnis für das Verständnis der einzelnen beanstandeten Sätze erforderlich ist. Entscheidend für die disziplinäre Beurteilung des Falles ist die Frage, ob die Ausführungen der Rede aus dem Rahmen sachlicher wissenschaftlicher Ausführungen heraustretend gegen eine dem Beamten obliegende Pflicht verstoßen. Und diese Frage ist bei den beiden vom Senat und der Öffentlichkeit beanstandeten Stellen zu prüfen.

Was zunächst die Stelle a) anlangt, so kann gegen den Beschuldigten geltend gemacht werden, daß die Vereinzelnung der Cathedra Petri in seine Ausführungen nicht recht verständlich ist, daß die Redebeurteilung bei einem Teil des Lehrkörpers Anstoß erregt hat und daß der Beschuldigte selbst ein Schuldbekenntnis abgelegt hat, indem er der Theolog. Fakultät sein Bedauern ausgesprochen hat. Allein es muß andererseits beachtet werden, daß die Äußerung, wenn man Wortlaut und Sinn der nicht widerlegten Redebeurteilung des Beschuldigten festhält, jedenfalls nicht mehr die Bedeutung hat, daß ein disziplinäres oder dienstpolizeiliches Einschreiten sich rechtfertigen würde. Es wird deshalb, zumal die Theolog. Fakultät die Frage dieser Äußerung als durch die Entschuldigung des Professors von Marschall erledigt erachtet, die Äußerung a) nicht zum Gegenstand des Einschreitens gemacht.

Was die Äußerung unter b) anlangt, so hat der Beschuldigte, wie aus seinen Einräumungen hervorgeht, die Verantwortlichkeit seiner Äußerung selbst empfunden. Bei Beurteilung der Frage, ob und inwieweit diese Äußerung gegen die Beamtenpflicht verstößt, muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß der Beschuldigte als Beamter des Staates bei der amtlichen Feier der Reichsgründung gesprochen hat. Der Beamte genießt kraft seiner amtlichen Stellung Achtung und Vertrauen; aus dem Verhältnis des Beamten zum Staat ergibt sich, daß der Beamte seinerseits verpflichtet ist, dem Staate und dem verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt mit Achtung zu begegnen. Der Beschuldigte hat diese Pflicht in gröblicher Weise verletzt, indem er den Reichspräsidenten unter Namensnennung in der wegwerfenden Form „Ebert, Haase und Genossen“ als Usurpatoren bezeichnet und ihn faktisch des Hochverrats geziehen hat.

Angesichts der objektiven Schwere dieses Verstoßes müßte die Durchführung des auf Dienstentlassung oder Strafverurteilung gerichteten förmlichen Disziplinarverfahrens erwogen werden, wenn man nicht dem Beschuldigten die von ihm in subjektiver Einsicht vorgetragene Gründe zugute halten wollte. Die Versicherung, daß er nicht beleidigen wollte und daß er die fraglichen Stellen im Manuskript gestrichen gehabt und nur in der krankhaft gesteigerten Erregung des Augenblicks vorgetragen habe, ist nicht widerlegt. Zugunsten des Beschuldigten spricht dabei auch die Tatsache, daß er nur durch die eine Stelle seiner langen Rede Anlaß zum Einschreiten gegeben hat, während er in den übrigen Teilen das Bestreben gezeigt zu haben scheint, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden.

Unter Berücksichtigung dieser Milderungsgründe wird dem Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft entsprechend in Anwendung der §§ 78 ff., 87, 94 W.G. unter Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den ordentlichen Professor Dr. Frhr. Marschall von Bieberstein an der Universität Freiburg auf die Ordnungsstrafe des Verweises erkannt.

Badischer Landtag

Plenarsitzung am 28. Juli.

Die Tagesordnung zu der am nächsten Dienstag, 28. Juli, vormittags 8 Uhr, stattfindenden öffentlichen Sitzung des Landtags ist folgende:

Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925, und zwar:

- Dauptaubeilung
- I: Staatsministerium, Berichterstatter Abg. Seubert;
 - III: Ministerium des Innern, Berichterstatter Abg. Dr. Führ und Weighaupt;
 - IV: Ministerium der Justiz, Berichterstatter Abg. Marum;
 - V: Ministerium des Kultus und Unterrichts, Berichterstatter Abg. Rüdert und Marum;
 - VI: früheres Arbeitsministerium, Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner und Habermehl;
 - VII: Finanzministerium, Berichterstatter Abg. Seubert, sowie in Verbindung mit den einzelnen Voranschlagshauptabteilungen die einschlägigen Anträge und Gesuche.

Sportwettkampf der Badischen Polizeischule

Ergebnisse vom 22. Juli 1925

100 m Schwimmen, beliebig: St.-Nr. 308: Streifenm. Klar, Pol.Schule 1: 22,4; 186: Wachtm. Wiederroth, Freiburg 1: 33; 441: Pol.Wachtm. Schwab, Forzheim 1: 33; Pol. Wachtm. Hed 1: 37; 222: Notkenn. Dahler, Raftatt 1: 38,8; 400 m Schwimmen, beliebig: St.-Nr. 441: Pol.Wachtm. Schwab, Forzheim 7: 36,3; 445: Wachtm. Schultze, Karlsruhe 8: 33; 392: Pol.Mann Senger Pol.Schule 8: 43; 53: Notkenn. Vörsching, Mannheim 8: 45,3; 374: Pol.Mann Gäfner, Pol.Schule 9: 37.

200 m Schwimmen, Brust: St.-Nr. 36: Streifenm. Petri, Heidelberg 3: 49,5; 106: Hauptwachtm. Weber, Karlsruhe 4: 00; 26: Streifenm. Bauer, Heidelberg 4: 6,1; 382: Pol. Mann Mayländer, Pol.Schule 4: 8,6; 178: Pol.Oberleutnant Kopp, Freiburg 4: 9.

Wettkampfschwimmen: St.-Nr. 308: Streifenm. Klar, Pol.Schule 54, 7; Hauptwachtm. Dellig, Heidelberg 45, 450: Streifenm. Pehler, Karlsruhe 44, 106: Hauptwachtm. Weber, Karlsruhe 41, 222: Notkenn. Dahler, Raftatt 41, 155: Notkenn. Bonnet, Karlsruhe 37 Punkte.

25 km Gepädemarsch: St.-Nr. 344: Pol.Mann Kattermann, Pol.Schule 3,01: 08, 895: Pol.Mann Strauß, Pol.Schule 3,00: 11, 54; Streifenm. Gündel, Mannheim, 11: Streifenm. Casenstab, Heidelberg, 398: Pol.Mann Bedefind, Pol.Schule, 295: Streifenm. Deißig, Forzheim, 191: Notkenn. Pehler, Freiburg, 354; Pol.Mann Sager, Pol.Schule, 368; Pol.Mann

